

21.01.2021

ANTRAG

der Abgeordneten Hinterholzer, Mag. Schneeberger, Mag. Hackl, Moser, Kasser und Schuster

betreffend Blackout Prävention und Energiewende – Ausbau der Erneuerbaren Energie und Versorgungssicherheit

Der Vorfall vom 8. Jänner 2021, der zu einem zeitweiligen Einbruch der Frequenz im europäischen Höchstspannungsnetz führte, hat das europäische Stromnetz nahe an ein Blackout mit unabsehbaren Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft gebracht.

So konnte ein Blackout vermieden werden, indem europaweit kurzfristig einzelne Kraftwerke hochgefahren wurden, um Netzschwankungen auszugleichen. Während Maßnahmen zur Netzstabilisierung Anfang der 2000er-Jahre nur einige wenige Male pro Jahr erforderlich waren, musste in den vergangenen Jahren bereits sehr häufig eingegriffen werden. In Niederösterreich dient beispielsweise das EVN-Kraftwerk Theiß bei Krems als Puffer für solche Ereignisse, welches laut Medienberichten im Jahr 2020 mehr als hundert Mal eingesetzt werden musste. Es alleine könnte aber ein Blackout nicht abwenden. Der Grund hierfür liegt darin, dass mit dem erfreulicherweise steigenden Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energie, wie beispielsweise Windkraft und Photovoltaik, die Volatilität im Stromnetz drastisch angestiegen ist.

Somit hat dieser Vorfall eindrücklich vor Augen geführt, dass der gewünschte und geplante Ausbau der Erzeugung von erneuerbarer Energie in Verbindung mit dem Ausbau von gesicherten Versorgungsanlagen gesehen werden muss, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten

Sollte nämlich ein Blackout eintreten, so beziffern Experten die Kosten eines österreichweiten Stromausfalls mit über einer Milliarde Euro pro Tag. Der Wiederaufbau der Stromversorgung für die Bevölkerung könnte bis zu zehn Tage dauern.

Die Bundesregierung, und hier insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, hat daher gemeinsam mit Experten ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten. Darin sollten ein weiterer Ausbauplan der Netze, die Etablierung von stabilen Erzeugungsanlagen (schnellstartende Gasturbinen auf Erdgas-, Biogas- und Wasserstoff-Basis) sowie eine Überarbeitung des österreichweiten Netz-Wiederaufbauplans enthalten sein. Das Maßnahmenpaket sollte unter Einbindung der österreichischen Netzbetreiber und Energieversorgungsunternehmen, der Exekutive und des Bundesheeres, des Zivilschutzverbandes, der Freiwilligen Feuerwehren und der weiteren – in diesem Bereich tätigen – Freiwilligen-Organisationen erfolgen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht an die Bundesregierung heranzutreten und diese im Sinne der Antragsbegründung aufzufordern,

- den Ausbau der Erzeugung von erneuerbarer Energie in enger Verbindung mit dem Ausbau von gesicherten Versorgungsanlagen zu forcieren und
- dafür ein Maßnahmenpaket im Dialog mit allen Stakeholdern zu erarbeiten und dieses zügig umzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht diesen Antrag dem WIRTSCHAFTS- UND FINANZAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.